

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe Nr. 10/2011

Eurokrise – das globale Spiel der Händler

Was Europa braucht ist eine Stabilitätskultur, nur dann herrscht wieder Ordnung für eine gute Zukunft.

Diese Kriterien – angedacht für eine stabile Zukunft des Euro - eingeführt von dem früheren Bundesfinanzminister Theo Waigel – wurden aber von einigen Euro-Ländern sträflich, ja kriminell, unterlaufen.

Wir müssen aufhören, Schulden zu machen, denn die Solidarität ist recht und schön, aber erst dann, wenn sich der, der Hilfe braucht, auch anstrengt. Und das sollte auch in dem eigenen Land gelten. Eine erfolgreiche Politik ist nur getragen durch ein ethisches Fundament, also durch Ordnung. Diese gibt es heute allerdings nicht mehr. Krisen, Kriege, überall herrscht lauter Unordnung auf der Welt. Und diese Verursacher der Unordnung sind die Spekulanten und Investmentbanker, die Millionen von Menschen ins Unglück gestürzt haben und selbst Gewinne daraus gezogen haben.

Weitere Beispiele sind die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko, das Unglück von Fukushima – all das hat nur geschehen können, weil es profitgierige Menschen gibt. Ebenso beschämend und zugleich über das Thema beschreibend, dass Arbeitnehmer in der öffentlichen Diskussion als Kostenfaktor bezeichnet werden. Immer mehr befristete Arbeitsverhältnisse und Angestellte in Praktika tun das weitere dazu, das in der öffentlichen Meinung vorherrscht, die Politik hat das ethische Fundament verloren. Mit der immer stärker werdenden Globalisierung konnte Deutschland bisher gut leben. Wie weit aber das „globale Spiel“ der Händler und Zocker mittlerweile geht, zeigt folgendes Beispiel: Im Jahr 1980 hatte das Bruttosozialprodukt 12 Billionen US Dollar betragen. Die Geldmenge, die auf der Welt vorhanden war, betrug ebenso 12 Billionen. Heute – 30 Jahre später – beträgt das Bruttosozialprodukt 50 Billionen Dollar. Die vorhandene Geldmenge beziffert sich allerdings auf 150 Billionen. Es existieren also 100 Billionen Dollar, die keine reale ökonomische Begründung haben und diesem wird weiter gezockt. („das globale Spiel der Händler“).

Deshalb fordert der Christliche Gewerkschaftsbund die Einführung einer weltweiten Finanztransaktionssteuer. Diese scheiterte bisher, weil in vielen Ländern das ethische Fundament verloren oder nie vorhanden war. Wir müssen weg von der Marktwirtschaft angelsächsischem Vorbild, hin wieder zur sozialen Marktwirtschaft, dem Weg der Mitte, der Ordnungspolitik auch im Tarifwesen, sie ist auch ein Politik, die am Menschen ausgerichtet ist.

Daher fordern wir eine Politik Entscheidungen zu treffen, die dem Menschen gerecht wird und nicht dem Geld.

A handwritten signature in black ink that reads 'Matthias Strebl'.

**Matthias Strebl
Bundesvorsitzender**

GASTBEITRAG



Martin Kastler, MdEP

"Am siebten Tage ruhte er..." - so steht's schon in der Bibel und in der Tat schützt unser Grundgesetz die Sonntage "als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung." Die Realität aber sieht oftmals anders aus: Beständig meißelt Deutschland am "Kulturdenkmal Sonntag". Und nicht nur wir. In ganz Europa nagen Wirtschaft und Konsum am einzigen gemeinsamen, arbeits-

freien Tag der Woche. Dabei ist es nun fast 1700 Jahre her, dass Kaiser Konstantin den Schutz des Sonntages erstmals staatlich verordnete - zum Schutz des Menschen. Und als Ausdruck einer Hochkultur. Erst 1994 schuf das deutsche Arbeitszeitgesetz überhaupt Ausnahmen zum Verbot der Sonntagsarbeit. Seitdem kommen immer mehr und immer neue Sonderfälle hinzu.

Eine Tatsache, die Kirchen und Gewerkschaften in ganz Europa auf den Plan ruft - umso mehr also die Arbeitnehmervertretung mit christlichem Hintergrund. Europa erliegt zunehmend dem Irrglauben, ein weiterer Tag Konsum bringe Umsatz, bringe Wachstum. Das Gegenteil ist doch der Fall. Schon heute muss fast jeder dritte Erwerbstätige in Europa sonntags arbeiten - in Deutschland trifft es 11 Millionen Menschen. Tendenz steigend - europaweit. Selbst das Privileg, für Sonntagsarbeit wenigstens Zuschläge zu bekommen, erfahren immer weniger. Zuwachs erfährt eine ganz andere Bilanz: Nie zuvor waren psychische Erkrankungen so häufig Ursache von Arbeitsunfähigkeit wie heute. Europa wird krank vor Konsum, Burn-Out stresst Europas Wirtschaft. Kein Wunder, dass zahlreiche medizinische Gutachten den Wert des Sonntag ausdrücklich loben.

Es ist Zeit für Sonntagsschützer. Auch wir können das Rad der Zeit in vielen Bereichen nicht zurückdrehen. Sonntagsschutz verlangt nach realisierbaren Vorschlägen - und nach einer europaweiten Lösung. Viele, gerade industrielle Prozesse müssen heute 24 Stunden, 7 Tage die Woche laufen. Andere Dienste - Strom, Rettungsdienst, auch ÖPNV und Bahn, Tagespflege oder Bäcker - zählen zu einer, teils unerlässlichen, Grundversorgung. Unser erklärtes Ziel: Der Sonntag soll - im gemeinsamen europäischen

Binnenmarkt - nicht zum einfachen, normalen Arbeits- oder Konsumtag verkommen. Kein Mensch ist glücklicher, nur weil Geschäfte sieben Tage die Woche 24 Stunden am Tag geöffnet haben. Generelle, verkaufsoffene Sonntage sind abzulehnen - Ausnahmen sind auf historischen Marktrechten begründet. Bis 1995 hatte die Arbeitszeitrichtlinie der EU mindestens eine 24-Stunden-Pause pro Woche vorgeschrieben. Und im Nebensatz den Sonntag explizit als Ruhetag genannt. Mitte der 90er Jahre kippte der EuGH diese Position. Paragraphen hatten Vorfahrt - der Mensch bleibt auf der Strecke. Leider.

Aktuell sitzen die Sozialpartner auf europäischer Ebene an einem Tisch. Ihr Ziel ist der Vorschlag einer neuen Richtlinie. Einigt man sich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, lässt der Vertrag von Lissabon den Arbeitgebern und Arbeitnehmern sechs Monate Zeit, sich auf eine Position zu verständigen. Scheitert der Sozialpartnerdialog, kann die Europäische Kommission einen eigenen Vorschlag unterbreiten - allerdings nicht vor Mitte 2012. Uns Sonntagschützern kostet das Zeit - und rückt ein anderes Instrument ins Rampenlicht: Die Europäische Bürgerinitiative. Schon Anfang 2010 habe ich dazu die online-Kampagne www.freiersonntag.eu gestartet. Als erster, weit vor allen anderen Initiativen, die jetzt am Start sind. Mit ihnen warten wir gemeinsam auf den 1. April 2012. Ab dann ist die Anmeldung solcher Bürgerinitiativen bei der Europäischen Kommission möglich - und der arbeitsfreie Sonntag soll dabei die Nase vorne haben. Dazu braucht es die Unterstützung vieler - auch die der Christlichen Gewerkschaften. 1 Millionen Stimmen aus mindestens 7 EU-Mitgliedsstaaten, gesammelt innerhalb eines Jahres - dieses Ziel ist machbar, wenn wir es gemeinsam verfolgen. Den christlichen Arbeitnehmervertretungen kommt dabei eine Brückenfunktion zu.

"Sonntags gehören Mami und Papi uns!" - so lautet der altbekannte Titel der online-Kampagne zum europaweiten Schutz des freien Sonntags. Sonntag ist Familientag, die gemeinsame Zeit für Eltern und Kinder das wertvollste Gut. Selbst flexibelste Schichtmodelle garantieren wochentags nicht den Schutzraum, den der Sonntag bietet: Alle haben frei, alle haben Zeit füreinander. Was hilft es einer Familie, wenn einer am Samstag, der andere am Dienstag und die Kinder am Wochenende frei haben? Für Kinder da zu sein heißt, sich auf sie einzulassen - mit allen Sinnen, an einem festen Tag der Woche. Und das ist der Sonntag. Deshalb sollte Europa seinen Familien den Sonntag schenken. Das menschliche Geschenk einer Hochkultur. Ja - Gott sei Dank, es ist Sonntag!

Martin Kastler MdEP

Sozial- und entwicklungspolitischer Sprecher der CSU-Europagruppe

GEWERKSCHAFTSNACHRICHTEN

Bundesminister für Finanzen Dr. Wolfgang Schäuble informiert die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU Fraktion über die Gründe, Modalitäten und Auswirkungen des EU Rettungsschirms.

Neben vielen Vertretern von Gewerkschaften und Verbänden ist auch der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB), vertreten durch den Generalsekretär Christian Hertzog (Bild: 2er v. r.), regelmäßig Gast der Sitzungen der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU Bundestagsfraktion des Deutschen Bundestags unter dem Vorsitz des Bundestagsabgeordneten Herrn Peter Weiß (l.).

In der letzten Sitzung diskutierte der Bundesminister für Finanzen Herr Dr. Schäuble (Bild: 2er v. l.) die Notwendigkeiten, Auswirkungen sowie die Chancen und Risiken der Finanzkrise und des sog. Euro Rettungsschirms auf und für Deutschland. Dr. Wolfgang Schäuble legte dar, warum ein stabiler Euro und eine stabile Währungsunion sowohl für Deutschland und die deutsche Wirtschaft als auch für den europäischen Wirtschaftsraum wichtig ist und führte aus, dass Wohlstand und Arbeitsplatzsicherung in Deutschland eng mit der Währungsunion in Europa verknüpft sind. Gleichzeitig warb er eindringlich für die Einführung eines gesamteuropäischen Regulativs in Form einer europäisierten Kapitalertragssteuer, deren Ausgestaltung so angelegt sein müsse, dass den negativen Folgen reiner Spekulationsgeschäfte begegnet werden kann.



Christian Hertzog, Generalsekretär

Die CGPT begrüßt die Initiative der Regierungsfractionen für die vorzeitige Wiedergewährung der Sonderzahlung für die Beamtinnen und Beamten des Bundes.



Seit 1993 wurden die Sonderzahlungen deutlich herabgesetzt, bis ein Niveau von 60 % eines Monatsbezugs erreicht war. Die darauf nochmals durchgeführte Kürzung auf 30 % sollte bis 2014 wirken. Nach Vorlage des aktuellen Gesetzentwurfs der Regierungsfractionen, den auch die Bundesregierung unterstützt, sollen Beamtinnen und Beamte des Bundes ab 1.1.2012 wieder 60 % eines Monatsbezugs als Sonderzahlung erhalten.

Damit werden nun die umfangreichen bisherigen Sparmaßnahmen zu Lasten der Leistungsträger des öffentlichen Dienstes honoriert.

Allein seit 2006 haben die Bundesbeamten so einen Sparbeitrag zugunsten des Bundeshaushaltes in Höhe von rund 3 Mrd. Euro geleistet.

CGPT, Oktober 2011

* * * *

Gesetzliche Quote – für Frauen diskriminierend!

VkdL begrüßt Vorschlag von Familienministerin Schröder



Bei dem Spitzentreffen der Regierung mit den Personalvorständen der 30 deutschen DAX-Unternehmen am Montag stand sie wieder zur Diskussion: **die gesetzliche Frauenquote**. Sie soll die Unternehmen per Gesetz zu einer gerechten Teilhabe von Frauen an Führungspositionen zwingen. Familienministerin Kristina Schröder befürwortet hingegen den Weg über die Selbstverpflichtung der Unternehmen, sieht sich aber in der eigenen Partei mit harten Vorwürfen konfrontiert.

Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V. (VkdL) kann den Unmut vieler Frauen, die höhere Positionen in Unternehmen anstreben und aufgrund männlicher Netzwerke nicht zum Zug kommen, verstehen, hält aber eine gesetzliche Frauenquote, wie sie von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen und der rot-grünen Opposition angestrebt wird, für wenig erfolgversprechend. „Frauen müssen generell Zugang zu allen Stellen im Arbeitsleben haben, auch

zu Führungspositionen, wenn sie dafür qualifiziert sind. Dieser Gleichberechtigungsgedanke muss sich im gesellschaftlichen Denken stärker verankern. Eine Quote kann den Hebel nicht umlegen – das muss sich im Bewusstsein festsetzen“, sagt VkdL-Bundesvorsitzende Roswitha Fischer. Eine verordnete Quote könne sogar das Gegenteil bewirken, indem qualifizierte Frauen diskriminiert werden, weil sie angeblich nur per Quote ihre Position erworben haben.

Deshalb begrüßt der VkdL den Arbeitsentwurf von Familienministerin Kristina Schröder zur sogenannten „Flexiquote“, die von den Unternehmen eine Selbstverpflichtung verlangt, worin alle börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen auch den Geschlechteranteil für die kommenden Bestellungen von Aufsichtsrats- und Vorstandsgremien festlegen. In den Vorgaben zur Selbstverpflichtung sollen die Unternehmen frei sein, aber gesetzlich an ihre eigene Verpflichtung gebunden. Für nicht eingehaltene Selbstverpflichtungen soll es eine Geldbuße geben. Nach Ansicht des VkdL ist der Entwurf von Schröder ein Schritt in die richtige Richtung, der die Solidarität von Männern und von den Frauen fordert!

Der VkdL hält die Entscheidungsfreiheit von Frauen für unverzichtbar. „Quotenfrau“ zu sein ist kein erstrebenswertes Ziel. Die Gesellschaft muss lernen, mit dieser Freiheit umzugehen und sie zu nutzen. Der jetzt von der Familienministerin eingeschlagene Weg ist erfolgversprechend, wenn er mit Mut und Geduld gegangen wird!

VkdL Pressemitteilung 20. Oktober 2011

* * * *

RECHTLICHES

 **Urlaubsanspruch nach Krankheit kann doch verfallen. BAG setzt Grenzen zu Urlaubsansprüchen nach langer Krankheit. Wer demnach seinen Urlaub nicht noch im gleichen Jahr der Genesung anmeldet und antritt, riskiert den Verlust des alten Urlaubsanspruchs.**

Zur allgemeinen Freude aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie den Gewerkschaften urteilte das Bundesarbeitsgericht (BAG) im März 2009; Urlaubsansprüche nach langer Krankheit sind nicht verfallen und können genommen werden. Damit war die bis dahin geltende Rechtsprechung des BAG aufgehoben worden. Bis März 2009 galt noch, dass Urlaub bei Langzeiterkrankung verfallen war. Es konnte nur noch der Resturlaub des laufenden Kalenderjahres genommen werden.

In einem Urteil vom 9. August 2011 hat das Bundesarbeitsgericht nun klargestellt, dass die Urlaubsansprüche, die während einer Langzeiterkrankung erworben wurden, nicht ohne triftige Gründe in das Kalenderjahr nach der Gesundung übertragen werden können. Wenn noch ausreichend Gelegenheit besteht, diesen Urlaub im laufenden Kalenderjahr zu nehmen, er aber nicht beantragt und in Anspruch genommen wird, dann verfällt er doch. Der gleiche Grundsatz gilt für Urlaubsansprüche, die nicht innerhalb tarifvertraglicher Ausschlussfristen genommen bzw. geltend gemacht werden.

Hintergrund sind zwei Fälle über die das BAG zu entscheiden hatte. Im einen Fall (9 AZR 425/10) war ein Arbeitnehmer von 2005 bis Mitte 2008 arbeitsunfähig krank. Für diese Zeit fielen 90 Tage Urlaub an. Anschließend nahm er die 30 Tage Urlaub für 2008. Im Jahr 2009 machte er die 90 Tage aus der Krankenzzeit geltend. Weil aber im Jahr 2008 noch ausreichend Zeit gewesen wäre, diesen Urlaub zu nehmen, lehnte das Gericht den Antrag auf Gewährung ab. Es beruft sich dabei auf das Bundesurlaubsgesetz, nach dem Urlaub grundsätzlich im Kalenderjahr aufzubrauchen ist.

Im zweiten Fall (9 AZR 352/10) ging es um die finanzielle Abgeltung des Alturlaubs. Für eine Krankenschwester endete das Arbeitsverhältnis am 31. März 2009 weil sie eine unbefristete Rente wegen Arbeitsunfähigkeit bekommt. Von Oktober 2006 bis zu ihrem Ausscheiden war sie ununterbrochen krankgeschrieben. Nun forderte sie, dass der Arbeitgeber den gesamten Urlaub von 2006 bis 2009 auszahlt. Der 9. Senat des BAG sprach ihr aber nur den Resturlaub für das Jahr 2009 zu. Grund ist, dass die Abgeltungsforderung eine reine Geldforderung aus dem Arbeitsverhältnis ist und diese der tarifvertraglichen Ausschlussfrist von 6 Monaten unterliegt.

GÖD, Oktober 2011

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Layout: Anja Kracht

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.